

# Newsletter 44 +++ Juni 2014

## Haus der Wannsee-Konferenz



### 100 Jahre Villa Marlier Am Großen Wannsee 56-58

Seite 2  
Der Kommerzienrat Ernst Marlier

Seite 4  
Antipositin und andere Heilmittel

Seite 5  
Friedrich Minoux – Vom General-  
direktor zum Häftling Nr. 465/42

Seite 7  
Die „Arisierung“ der Cellulosefabrik  
Offenheimer

Seite 7  
Minoux und die Politik

Seite 8  
Minoux, die Batschari AG und die  
Bilanzfälschung

Seite 9  
Der Prozess

Seite 10  
Die Stiftung „Nordhav“ am Wannsee

Seite 12  
Das August-Bebel-Institut

Seite 12  
Schullandheim Berlin-Neukölln

Seite 14  
Joseph Wulf und das Internationale  
Dokumentationszentrum

Seite 15  
Die Gründung der Gedenkstätte

Seite 16  
Impressum

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde der Gedenkstätte,*

*vor 100 Jahren, am 6. Mai 1914, unterschrieb der Kommerzienrat Ernst Marlier mit der Königlichen Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten zu Potsdam, einen Kaufvertrag über drei Parzellen mit Einschluss des Holzbestandes der Gemarkung Havelstrom und über drei Parzellen der Gemarkung Potsdam Forst von zusammen 26.415 qm für 449.055 Mark. Bereits im Januar 1914 hatte er von der Königlich Preußischen Wasserbauverwaltung ein Grundstück am Wannsee von 4.163 qm für 58.282 Mark erworben.*

*Paragraph 5 des Kaufvertrages vom Mai 1914 legte fest: „Auf dem Grundstücke dürfen Irrenanstalten sowie gewerbliche Anlagen, welche dem § 16 der Gewerbeordnung unterliegen, oder sonstige Anlagen, welche Geräusch, Rauch oder Geruch verbreiten, überhaupt nicht, andere gewerbliche Anstalten, Heil- und Erholungsanstalten, Gast- und Schankwirtschaften nur mit Genehmigung des Forstfiskus eingerichtet und betrieben werden“*

*Nach einer wechselvollen Geschichte und ebenso äußerst verschiedenen Besitzern und Nutzern hat heute die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz ihren Sitz in der Villa Marlier.*

*Berlin, Juni 2014*

*Michael Haupt*

## Der Kommerzienrat Ernst Marlier

Ernst Ferdinand Emil Marlier wurde am 28. Juli 1875 in Coburg geboren. Seine Eltern, Vater Philipp Marlier, Oberpostkommissionär in Coburg (gest. 1902) und seine Mutter, die Rentnerin Mathilda, geb. Forkeln, waren angesehene Bürger der Stadt Coburg. Marlier hatte sechs Geschwister (Julius, Königlicher bayerischer Kommerzienrat und Handelsrichter, Adele, Max, Bankdirektor, Hermann, Fabrikbesitzer, Paulina und Helena).

1890 wurde Marlier in Coburg konfirmiert, besuchte die Realschule bis zur Obertertia und absolvierte von 1890 bis 1893 eine kaufmännische Ausbildung in der Geschäftsbücherfabrik des Hoflieferanten Fuchs. Von 1893 bis 1895 war er in verschiedenen Betrieben als Gehilfe tätig, von 1895 bis 1897 diente er im Infanterie-Regiment 22 in Kassel.

1899 siedelte Marlier nach Nürnberg, wo er mehrere Jahre als Inhaber des Versandhandels „Micado“, als Verleger von „Vakanzelisten“ und als Geldvermittler tätig war. In einer Akte des Polizeipräsidiums Berlin vom 21. März 1907 heißt es: *„Nach einer Information aus zuverlässiger Quelle sollen ihm aus seiner dortigen Tätigkeit Weiterungen entstanden sein, die ihn veranlassten, Nürnberg zu verlassen. Näheres über die Art seiner Tätigkeit ließ sich jedoch von hier aus nicht feststellen.“*<sup>1</sup> Nach eigenen Angaben soll Marlier bereits damals ein steuerpflichtiges Einkommen von 110.000 Mark gehabt haben.

Im August 1903 siedelte Marlier nach Berlin über und wohnte zuerst in der Kurfürstenstraße 173 a, dann in der Sternstrasse 22 in Groß-Lichterfelde.

1914 erwarb der Ernst Marlier sechs Parzellen Land mit Holzbestand aus der Gemarkung Potsdam Forst von insgesamt 26.415 qm, die zur Oberförsterei Potsdam gehören. Hierfür wurde am 30. April 1914 zwischen der Königlichen Regierung, Abteilung direkte Steuern, Domänen und Forsten auf Grund eines Ministerialerlasses vom 25. April 1914 und dem Kommerzienrat Ernst Marlier ein Kaufvertrag über die Summe von 449.055 Mark, also 17 Mark für den Quadratmeter, geschlossen.

Von dem vereinbarten Kaufpreis musste Marlier bei Vertragsabschluss 109.055 Mark bar bezahlen. Des Weiteren wurde in dem Kaufvertrag vereinbart, dass Marlier sämtliche

*„öffentliche Abgaben und Lasten, insbesondere der Armenlasten und Polizeikosten, die für das veräußerte Grundstück in Frage kommen“* zu tragen hatte.

Laut Kaufvertrag war der Restbetrag von ihm in Höhe von 340.000 Mark mit einer Verzinsung von vier Prozent mit Ablauf des achten Jahres nach dem Auflassungstermin ebenfalls in bar an die Regierungshauptkasse in Potsdam zu zahlen. Einen Sicherheitsbetrag in Höhe von 5.000 Mark in „mündelsicheren Wertpapieren“ hatte er als Pfand zu hinterlegen.

Paragraph 5 des Kaufvertrages vom 30. April 1914 legte fest: *„Auf dem Grundstücke dürfen Irrenanstalten sowie gewerbliche Anlagen, welche dem § 16 der Gewerbeordnung unterliegen, oder sonstige Anlagen, welche Geräusch, Rauch oder Geruch verbreiten, überhaupt nicht, andere gewerbliche Anstalten, Heil- und Erholungsanstalten, Gast- und Schankwirtschaften nur mit Genehmigung des Forstfiskus eingerichtet und betrieben werden...“*

Da das Grundstück mit der Auflassung aus dem Gutsbezirk Potsdam ausschied und in den Gemeindeverband Wannsee umgemeindet wurde, wurde Marlier verpflichtet das Grundstück mit *„dauerhaften Grenzsteinen zu versehen und diese zu unterhalten“*. Desgleichen verpflichtete er sich, *„das Grundstück nach der Strandpromenade mit einem durchsichtigen Zaun zu umgeben und denselben so auszustatten, dass er der Gegend zur Zierde gereicht“* (§ 8 Kaufvertrag).



Ernst Marlier im Wintergarten seiner Villa  
Aus: Fotoalbum Marlier, 1916 (Archiv GHWK)

<sup>1</sup> Akte des Polizei-Präsidiums zu Berlin betreffend Ernst Marlier. LAB, Akte Nr. 1520. P.J. vom 21. März 1907

Mit dem bereits im Januar 1914 von der Königlich Preussischen Wasserbauverwaltung erworbenen Teilgrundstück von 4.163 qm für 58.282 Mark besaß der „königliche Geheimrat“ Ernst Marlier nun ein Grundstück von insgesamt 30.578 qm in der Großen Seestraße 19a (Umbenennung der Straße und des Grundstücks am 8. April 1933 in: Am Großen Wannsee 56/58), am Rande der Colonie Alsen.

Der Architekt Paul O. A. Baumgarten (25. Juni 1873 - ?) wurde beauftragt, eine herrschaftliche Villa mit großer Terrasse zur Wasserseite zu errichten. Baumgarten hatte bereits in den Jahren 1906/07 in der Colonie Alsen die Villa für den AEG-Direktor und Reichstagsabgeordneten Johann Hampsohn und 1909 das nebenan in der Großen Seestraße 24 (heute Colomierstraße 3) liegende Sommerhaus des Malers Max Liebermann errichtet.

Marlier beauftragte den Architekten die Villa mit knapp 1.500 qm Wohnfläche inmitten des Parks mit der Gartenseite nach Südosten zu gestalten. Er forderte eine einzeilige Villa mit einer Aufreihung der repräsentativen Erdgeschoßräume „in einer Achse mit einer Reihe Türen, so daß man in die Flucht der Zimmer hineinsehen kann“. <sup>2</sup> So sei mit der Anordnung der Erdgeschoßräume „ein Gedanke aufgenommen, der im Palast des 17. Jahrhunderts in Italien ausgebildet wurde, der dann im Rokoko-schlösschen seine höchste Vollendung fand“. <sup>3</sup>

„Besondere Wünsche des Bauherrn bestimmten Anordnung und Zweck der Räume bis in manche Einzelheiten hinein. Für die künstlerische Ausstattung war der Besitz an kostbaren Möbeln und Ausstattungsstücken zu berücksichtigen.“ <sup>4</sup>

Der Grundriss des Erdgeschosses wird auf der einen Seite von der Bibliothek mit rundem Erker, auf der entgegengesetzten Seite von einem großzügigen Wintergarten mit Brunnen geprägt. In der mittleren Halle sowie in einem daneben liegenden Raum werden große marmorne Kamine eingebaut. Der Durchgang von der Eingangshalle zum großen mittleren Saal wird von vier raumhohen Säulen aus Kunstmarmor eingefasst.

In der Zeitung „Moderne Bauformen“ schrieb Adolf Zeller 1925 zu den Arbeiten von Paul Baumgarten über die Villa: „Das Wohnhaus des Herrn E. [Anm.: Im Originaltext falsch] Minoux, Wannsee zeigt zunächst die feinsinnige Art des Überganges aus der Parklandschaft zum stilisierten Garten, aus dem, durch Terrassen vermittelt, die Front sich in breitgelagerter, niedrig gehaltener Baumasse entwickelt. So bleibt das Ganze bescheiden im Baumbestand versteckt, ohne doch der Monumentalität der Form entbehren zu müssen.“ <sup>5</sup>



Ernst und Margarete Marlier vor der Villa  
Aus: Fotoalbum Marlier, 1916 (Archiv GHWK)

+++++

<sup>2</sup> Bauwelt, Nr. 39 v. 25. September 1924, S. 941

<sup>3</sup> ebd.

<sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> Moderne Bauformen, Sonderdruck, Juli 1925, S. 1

# Antipositin und andere Heilmittel

Nachdem einige heute nicht mehr nachweisbare Unternehmungen von Marlier in Berlin fehlgeschlagen waren, gründete er im Frühjahr 1904 mit dem Kaufmann Franz Wallbrecht das „Hygienische Institut F.J. Wallbrecht & Co.“, das den Vertrieb des angeblichen Schlankheitsmittels „Slankal“ zum Zweck hatte und infolge der Reklamemethoden die Behörden auf sich aufmerksam machte. Bereits im Dezember 1904 trat Wallbrecht aus der Firma aus. Marlier wurde alleiniger Inhaber. Im Februar 1905 gründete Marlier mit einem Dr. med. Wagner die offene Handelsgesellschaft „Dr. med. Wagner & Marlier“. Die Firma „F.J. Wallbrecht & Co.“ wurde aus dem Handelsregister gelöscht. Zweck der neugegründeten Firma war der Vertrieb des Mittels „Antipositin“ gegen Fettleibigkeit. Dr. Wagner trat jedoch bereits acht Tage nach der Gründung der Firma wieder aus, wodurch Marlier wiederum alleiniger Inhaber wurde. Marlier änderte die Firma handelsrechtlich in „Dr. med. Wagner & Marlier GmbH - kosmetische Mittel, chemisches Präparat 'Antipositin' Berlin“. Mit der Umwandlung in eine GmbH traten zwei weitere Gesellschafter in die Firma ein: sein Bruder Julius, Kommerzienrat und Handelsrichter in Nürnberg und der Ehemann seiner Schwester Adele, Finanzrat Oskar Sippel aus Coburg.

Zweck dieser Firma war laut Briefkopf die „Erwirkung von Konzessionen für Import, Vertrieb und Fabrikation medizinischer, pharmazeutischer und ähnlicher Präparate für Rußland“. Vom Stammkapital der Firma, die (laut Briefpapier) Niederlassungen in St. Petersburg, Moskau und London mit der Generalvertretung für das Präparat „Antineurasthin“ unterhielt, in Höhe von 60.000 Mark brachte Marlier 58.000 Mark in die Firma ein. Den Restbetrag teilten sich sein Bruder Julius und Karl Hartmann.

In einem Schreiben des Landrates des Kreises Teltow an das Großherzoglich Sächsische Staatsministerium vom 30. Oktober 1907<sup>6</sup> wurde mitgeteilt, Marlier sei seit 1899 selbständig:

- „Nach seinen Angaben ist er Mitinhaber
- der Regenhardt'schen Verlagsanstalt in Berlin,
  - der chemischen Fabrik Dr. Schröder GmbH, Berlin, Schellingstr. 15,
  - der chemischen Fabrik Dr. Hartmann GmbH in Berlin, Magdeburgerstr. 36,
  - der chemischen Fabrik Dr. Wagner und Marlier in Berlin, Magdeburgerstr. 36
  - der Kohलगroßhandlung J[ulius]. Marlier in Nürnberg.“

„Hierzu“, so weiter das Schreiben des Landrates, „ist folgendes zu bemerken: Die sogenannten chemischen Fabriken unter c) und d) beschäftigen sich mit der Herstellung von Präparaten, die mit Hilfe marktschreierischer Reklame (Prospekte, Broschüren, Annoncen usw. vgl. beiliegenden Prospekt) verbreitet wurden, und vor denen das Polizei-Präsidium jedoch durch öffentliche Bekanntmachungen gewarnt hat, weil sie nicht diejenigen Eigenschaften besitzen, die ihnen in den Anpreisungen zugeschrieben werden (Antipositin und Antineurasthin). Die unter b) erwähnte chemische Fabrik liefert vermutlich ähnliche Geheimmittel“.



Im April 1906 gründete Marlier mit Karl Hartmann die Firma „Dr. med. Karl Hartmann GmbH – Fabrikation pharmazeutisch-kosmetischer Präparate“ (1910 umbenannt in „Laboratorium pharmazeutischer Präparate“) zum Vertrieb, eines von Hartmann erfundenen Mittels, das gegen Nervenschwäche helfen sollte.

Die von Marlier durch seine Firmen vertriebenen und offensichtlich wirkungslosen Präparate hießen z. B. „Antipositin“, „Antineurasthin“, „Renscin“, „Slankal“, „Levathin“, „Visnervin“, „Vitalito“ und „Hämasol“ und sollten gegen Fettleibigkeit, Nervenschwäche, Hämorrhoiden, Nerven-Kopf-Herzbeschwerden, Schlaflosigkeit und „Gliederzittern“ helfen.

<sup>6</sup> Schreiben des Landrats des Kreises Teltow vom 30.10.1907, Seite 2f, LAB, Polizeiakte A Pr.Rep. 030 Nr. 11907

Außerdem wurden von der Firma „Dr. med. Wagner & Marlier GmbH“ in Berlin W 35 „Abführ-Pastillen“ verkauft. Diese würden laut einer Werbeanzeige „hergestellt aus dem breitblättrigen Kampher (Rheum latifolium albinum) auch deutscher Rhabarber genannt, der nur in einigen von der Natur besonders begünstigten Landstrichen an der Ufern der Elbe gedeiht“. Eine Schachtel kostete 1,20 Mark, bei zwei Schachteln erfolgte die Gratislieferung, ab fünf Schachteln gab es eine Schachtel gratis.



Das Kaiserliche Gesundheitsamt Berlin kam 1905 in einem Untersuchungsergebnis über „Antipositin“ u. a. zu dem Ergebnis: „Dass das Mittel geeignet ist, eine Einschmelzung des Fettes herbeizuführen, muss auf Grund der Zusammensetzung geleugnet werden. – Die Reklame ist eine geradezu unerhörte. Der Preis des Mittels, 3 M, entspricht in keiner Weise dem reellen Wert, der medizinisch fast als null zu bezeichnen ist.“<sup>7</sup> 1907 wurden der Vertrieb von „Antipositin“, „Antineurasthin“ und „Hämasol“ verboten, da die Mittel wirkungslos „wenn nicht schädlich“ seien.

Im Januar 1913 wurde Marlier wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und gefährlicher Körperverletzung vom Amtsgericht Berlin-Mitte zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach Zeugenaussagen habe Marlier einer „Dame“ an der Berliner „Autodroschenhaltestelle an der Ecke der Friedrich- und Jägerstraße“ eine „schallende Ohrfeige“

versetzt. Marlier „stürzte sich plötzlich auf den Chauffeur und schlug auf ihn ein (...) Als der zweite Chauffeur hinzutrat, erhielt er ebenfalls Schläge. Ebenso erging es dem Schutzmann Brandt, der, durch den Lärm angelockt, hinzukam. Der Angeklagte schlug sofort auf ihn ein (...) Auf der Polizeiwache kam es nochmals zu einer wüsten Szene, da der Angeklagte nochmals auf jeden, der in seine Nähe kam, einschlug“<sup>8</sup>

Mit Vertrag vom 10. September 1921 verkaufte Marlier die beiden Grundstücke von zusammen 30.578 qm an die von Friedrich Minoux gegründete 'Norddeutsche Grundstücks-Aktiengesellschaft', An der Stechbahn 3-4, Berlin-Mitte, zum Preis von 2.300.000 Mark [Anm.: Unter der Adresse An der Stechbahn 3-4 firmierte auch das Bankhaus Jacquier & Securius, an dem Friedrich Minoux von 1924 – 1930 beteiligt war]. Laut Handelsregister Berlin (Abt. B Nr. 18963) war der Gegenstand des Unternehmens Norddeutsche Grundstücks-Aktiengesellschaft „Erwerb, Pachtung und Verwertung von in oder außerhalb Berlins gelegenen Grundstücken und Vornahme aller zur Errichtung dieses Zweckes dienlichen Geschäfte“.

Um das Jahr 1926 zieht Marlier nach Basel. Nach einer Auskunft des Amtes für Einwohnerdienste (Präsidentialdepartement Basel-Stadt) der Stadt Basel vom 9. Dezember 2009 war Marlier vom 22. Dezember 1926 bis 7. August 1928 in Basel polizeilich gemeldet und ist anschließend nach Lugano verzogen. Mit Datum vom 11. Dezember 2009 teilte das Archivio storico della Città di Lugano schriftlich mit, dass nicht bestätigt werden kann, dass Marlier in Lugano gewohnt habe, da es hierfür keine Unterlagen gebe.

+++++

## Friedrich Minoux – Vom Generaldirektor zum Häftling Nr. 465/42

Friedrich Minoux wurde am 21. März 1877 als drittes Kind des Händlers mit Tuch- und Schnittwaren Michael Minoux (1834 - 1892) und seiner zweiten Frau Margaretha (gest. 1890), geb. Reffert, in Mutterstadt (heute Rhein-Pfalz-Kreis) geboren. Über seine Kindheit und Jugend ist wenig bekannt. Er besuchte in Speyer drei Jahre lang die Lateinklassen. Nachweisbar ist für ihn 1892/93 der Besuch der Untersekunda (10. Klasse) im Großherzoglichen Gymnasium in Mannheim, das er allerdings mit Ende des Schuljahres 1893 verließ.

In der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin vom 27. Dezember 1940 gegen Minoux und andere u. a. wegen gemeinschaftlichen und fortgesetzten Betruges („Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils“) heißt es zu den Lebensdaten von Minoux: „Er ist seit 1903 verheiratet und hat zwei Töchter, die ebenfalls verheiratet sind. Minoux besuchte das humanistische Gymnasium in Mannheim und verließ es im Herbst 1893 mit der Einjährigen-Berechtigung. Anschließend trat er bei der Groß-

<sup>7</sup> Bundesarchiv Berlin, Akte „Antipositin“, R 86/1708, Bl. 5

<sup>8</sup> Tageblatt Berlin, Ausg. vom 13.01.1913

herzoglich-Badischen Eisenbahnverwaltung als Diätar<sup>9</sup> ein. Von Oktober 1894 bis September 1897 diente er – unter Verzicht auf seine Einjährigen-Berechtigung – beim 5. Artillerie-Regiment in Landau (Rheinpfalz). Vom 1. Oktober 1897 bis 31. März 1900 war er Stationsgehilfe bei der Preußischen Eisenbahnverwaltung und trat am 1. April 1900 als Bürogehilfe bei den Gas- und Wasserwerken der Stadt Essen/Ruhr ein, zu deren kaufmännischem Direktor auf Lebenszeit er am 1. April 1910 ernannt wurde. Im April 1912 trat er in die Dienste von Hugo Stinnes, der ihn im geschäftlichen Verkehr mit der Stadt Essen in den Jahren 1908 bis 1910 kennengelernt hatte. Zunächst war er Leiter der Berliner Niederlassung von Hugo Stinnes und Vorstandsmitglied der Stinnesgesellschaft Vereinigte Berliner Kohlenhändler AG (Vaubeka), die Gesellschafterin der GV<sup>10</sup> und der GMK<sup>11</sup> ist. Ab 1919 war er Generaldirektor im Stinnes-Konzern und betreute ungefähr 20 Industriefirmen und Großbetriebe.

Am 8. Oktober 1923 trennte sich Minoux von Stinnes und wurde ab Januar 1924 Mitinhaber des Bankhauses Jacquier & Securius in Berlin, dem er bis Ende 1930 angehörte; außerdem gründete er gleichzeitig unter seinem Namen eine heute noch bestehende Kohlengroßhandlung und Kohlenimportfirma, die Gesellschafterin der GV und später der GMK wurde. Ebenso gliederte er die Kohlenhof GmbH an. Schon während seiner Tätigkeit bei Hugo Stinnes gewann Minoux Einfluß auf die Rota Kessel- und Maschinenbau GmbH (Rota), deren sämtliche Anteile er schließlich besaß. Diese Gesellschaft besserte nach dem Weltkrieg Güterwagen, Personenwagen und Lokomotiven der Reichsbahn aus und erzielte so große Gewinne, daß der Betrieb binnen kürzester Zeit von 20 Gefolgschaftsmitgliedern auf 1500 anwuchs, Hallen gebaut, Maschinen angeschafft und vom Gewinn 29770 Aktien der Berlin-Anhaltinischen Maschinenbau AG (Bamag) für 1.231.890 Goldmark gekauft werden konnten (Urteil des Landgerichts Berlin vom 2. April 1929, S. 11 ...) Zwischen der Reichsbahn und der Rota kam es schließlich zu Streitigkeiten, in deren Verlauf gegen Angestellte der Rota und Reichsbahnbeamte der Vorwurf des Betruges erhoben und verschiedene Beschuldigte zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden (...) Minoux blieb in dem Strafverfahren unbeeidet, weil er verdächtig schien, den Hauptbeschuldigten März zu seinen betrügerischen Handlungen angestiftet zu haben (...) Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen verlor die Rota ihre Reichsbahnaufträge und wurde auf die Fabrikation von Hochdruckkesseln umgestellt. Schließlich wurde die Rota stillgelegt.

1924 übernahmen Jacquier & Securius, die Bankhäuser Baruch Strauß und de Neufville in Frankfurt/Main und das Bankhaus Hermann in

Baden-Baden und die Mehrheiten des Aktienkapitals der Batschari AG, die von Robert Batschari im Jahre 1925 wieder zurückgekauft wurden.

1928 übernahm Minoux die gesamten Aktien der notleidenden Batschari AG, um das Unternehmen zu sanieren, verkaufte es jedoch etwa 1930 an die Gebrüder Borg, da er die Sanierung nicht durchführen konnte. 1933 wurde er wegen Bilanzfälschung angeklagt, das Verfahren aber nicht eröffnet. Im Anschluß hieran wurde er zum Mitglied der Akademie für Deutsches Recht ernannt. 1924 wurde Minoux Aufsichtsratsmitglied der Berliner Elektrizitätswerke AG (Bewag), der Städtischen Gaswerke AG (Gasag) und der Wasserwerke AG und gehörte dem Aufsichtsrat bis zum April 1930 an. 1926 beteiligte sich Minoux an der Mineralöl- und Asphaltwerke AG (Mawag), der früheren Deutsch-Rumänischen Petroleum AG (Derupag), und errichtete die Ölraffinerie Berre bei Marseille. In diesen Jahren vermittelte Minoux als Teilhaber von Jacquier & Securius auch den Bau der Kanalisation von Konstantinopel, ein Objekt von etwa 150 Millionen RM [Anm.: Reichsmark].



In den Jahren 1924 bis 1930 gründete Minoux noch eine Reihe kleinerer Firmen, wie Woodmetal GmbH und Zeotokol GmbH, ferner zur Auswertung eines Patents die Mirakel Deutsche Schuhabsatz GmbH und besaß überdies die Aktienmehrheit der Erfurter Mechanischen Schuhfabrik, mit der er die „Direkt-Läden“ aufzog. Daneben errichtete Minoux aus steuerlichen Gründen (sog. Schachtelprivileg) die Nava GmbH, die Norddeutsche Grundstücks-AG, die Süddeutsche Boden AG und die Proba Metallgesellschaft mbH, mit denen er keine Geschäfte machte, sondern die der Verwaltung seines Privatvermögens dienten.“<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Ein Diätar ist ein Beamten ähnlich gestellter Angestellter, der nur zeitweise beschäftigt wird und sein Gehalt täglich ausgezahlt bekommt (Quelle: Wikipedia 2009)

<sup>10</sup> GV = Gaskoks-Vertriebs GmbH, gegr. 1912 mit dem Zweck, den Marktabsatz und die Preisbildung des Gaskoks zu sichern

<sup>11</sup> GMK = Gaskoksverkaufsgesellschaft Max Kessler, Berlin, gegr. 1935

<sup>12</sup> Anklageschrift, Az. 1 Ba.Js. 312/38, S. 40ff, LAB, A Rep. 358-02

1923 trennte sich Hugo Stinnes von seinem Generaldirektor Friedrich Minoux im Verlauf von Meinungsverschiedenheiten über die Stabilisierung der Währung infolge des Kaufs großer Mengen Devisen durch die Firma Stinnes, was zu einer sturzartigen Abwertung der Mark führte. Minoux gründete daraufhin die „Friedrich Minoux AG für Handel und Industrie“ (1927 GmbH und 1935 KG).

Die Firma, deren Grundkapital 10.000.000 Mark betrug, befasste sich mit Kohलगroßhandel sowie der Verarbeitung und Verwertung von Erz, Metall, Holz und Ölen. Die Firma belieferte u. a. das Berliner Polizeipräsidium mit Kohle und unterhielt ein großes Kohlenlager in Berlin-Treptow und eine Niederlassung in Hamburg.

+++++

## Die „Arisierung“ der Cellulosefabrik Offenheimer

Die Firma „Cellulosefabrik Phil. Offenheimer Okriftel“ wurde 1886 von Philipp Offenheimer gegründet. 1937 verlangte die Frankfurter Handelskammer von den Eigentümern Lucie Offenheimer, der Witwe des Gründers, und ihren Kindern, die Firma an einen „Arier“ zu verkaufen. Minoux erwarb dann für 3,65 Millionen Reichsmark das Zellstoff- und Papierwerk im hessischen Okriftel, obwohl der Wert laut Handelskammer auf 9,4 Millionen Reichsmark angesetzt wurde. Minoux selbst bezahlte aber nur 2.650.000 Reichsmark und benannte die Firma um in „Cellulosefabrik Okriftel a. M. Friedrich Minoux“.

*am 21.7.1938 an Friedrich Minoux ... zum Preis von 3,650 Millionen Reichsmark zu verkaufen. (...) Die Zahlungen liefen ueber das Bankhaus Alwin Steffen, Frankfurt a. M., Neue Mainzer Str. 55, an das der gesamte Kauferlös abgeführt worden war, der auf verschiedene Sperrkonten festgehalten wurde. Die Berechtigten erhielten keine Genehmigung irgendeinen Betrag aus dem Erlös ihres Unternehmens ins Ausland zu transferieren. Sie konnten lediglich das nackte Leben retten und zwar dadurch, dass sie sich während des Judenpogroms versteckt hielten.“<sup>13</sup>*

Von der Kaufsumme erhielten aber Lucie Offenheimer und ihre Kinder Ernst und Marie-Therese nichts, da sie als Juden in die USA emigrierten, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen. In der Anmeldung zum Rückerstattungsanspruch der Familie Offenheimer hieß es dazu 1948: *„Unter dem Druck der vorerwähnten Verhältnisse waren die Berechtigten schliesslich gezwungen, den Betrieb*

*Am 3. Juli 1943 verkaufte Minoux, der zu diesem Zeitpunkt bereits im Gefängnis saß, die Firma an den früheren Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Stuttgart und SS-Obersturmbannführer im Persönlichen Stab des Reichsführers-SS Himmler, Fritz Kiehn, für 6.000.000 Reichsmark.<sup>14</sup> Die Kaufsumme wurde aber von der Dresdner Bank auf einem Sonderkonto gesperrt, um damit eigene Forderungen gegen Minoux abzudecken.*

+++++

## Minoux und die Politik

Minoux stand seit 1923 in engem Kontakt zu Politikern auf der Rechten und zu rechtsradikalen Wehrverbänden. Ziel war die Errichtung einer politisch starken, autoritären Regierung.

*Gelingens zur Gesundung Deutschlands führen. Seeckt ist ganz benommen von dem gewaltigen Eindruck dieser Persönlichkeit [Anm.: Gemeint ist Minoux]“.<sup>16</sup>*

Am 21. Februar 1923 soll diesbezüglich angeblich ein Gespräch in seiner Villa am Wannsee zwischen dem Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt und dem ehemaligen Generalquartiermeister Erich Ludendorff stattgefunden haben.<sup>15</sup> Über ein Gespräch zwischen Minoux und von Seeckt im September 1923 heißt es: *„Minoux erläutert Seeckt sein Programm, das auf allen Gebieten riesengroß ist und Deutschland in seiner ganzen inneren Struktur verändern würde. Es bedeutet Kampf auf Leben und Tod, würde aber im Fall des*

*General von Seeckt stand der neuen Staatsform der Weimarer Republik ablehnend gegenüber. Während des Kapp-Putsches im Jahr 1920 riet Seeckt davon ab, die Reichswehr zur Niederschlagung des gegen die demokratische Weimarer Republik gerichteten Putsches einzusetzen. Seeckt war außenpolitisch für eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, da er mit einem baldigen neuen Krieg gegen Frankreich und Polen rechnete. Nachdem am 3. Oktober die Regierung Stresemann zurückgetreten war, schlug am 4. Oktober 1923*

<sup>13</sup> Anmeldung des Anspruchs auf Rückerstattung vom November 1948, Anlage 1 S. 3, LAB, A Rep 259 Nr. 76, nicht pag.

<sup>14</sup> Kaufvertrag vom 3.7.1943, LAB, A Rep. 259 Nr. 76, nicht pag.

<sup>15</sup> Thoss, B.: Der Ludendorff-Kreis 1919-1923, München 1978, S. 280

<sup>16</sup> Materialsammlung Lieber, abgedr. In: Akten der Reichskanzlei, Die Kabinette Stresemann I und II, S. 1176ff

General Kurt von Schleicher in der Reichskanzlei die Ernennung von fünf Ministern vor, zu denen Geßler, Seeckt und Minoux gehören sollten. Minoux selbst lehnte diesen Vorschlag ab. Dies bedeutete jedoch nicht das Ende seines politischen Engagements. Vor allem in rechten und rechtsradikalen Kreisen wurde in den folgenden Wochen das Modell eines „Direktoriums“ mit diktatorischen Vollmachten erörtert, das nach dem endgültigen Sturz der Regierung Stresemann errichtet werden sollte. Als Mitglieder des Direktoriums wurden neben Seeckt vor allem Alfred Ritter von Kahr (seit dem 26. September 1923 bayerischer Generalstaatskommissar), Otto Wiedfeldt (1922-1924 deutscher Botschafter in Washington) und Minoux genannt.

In der Sitzung des Preußischen Staatsrates am 28. März 1924 wurde zu dem Direktorium um Minoux ein Artikel in der „Münchener Zeitung“<sup>17</sup> vom Oktober 1923 zitiert: „Wie ist nun diese Nachricht in der 'Münchener Zeitung' zustande gekommen? Sie nannte drei Persönlichkeiten, die auf den Schild gehoben werden sollten, um ein Direktorium zu bilden. (...) Die Sache ist nämlich so: Herr Generaldirektor Minoux ist in den verflossenen Monaten dauernd als Reichskanzlerkandidat, als Reichsminister und als Kandidat für andere Posten genannt worden.“<sup>18</sup>

Das Landgericht Berlin beurteilte die politischen Aktivitäten von Minoux wie folgt: „Noch während seiner Tätigkeit im Hause Hugo Stinnes im Jahre 1919 kam der Angeklagte Minoux mit dem verstorbenen Feldherrn Ludendorff zusammen, den er in der Folgezeit nach seinen Angaben wirtschaftlich bei der Verwaltung und Anlage seiner Einnahmen beriet. Durch ihn machte er 1923 auch die persönliche Bekanntschaft des Führers, der ihm - immer nach den Behauptungen des Angeklagten - die Wirtschaftsdictatur im Dritten Reich antrug. Schon vorher hatte er nach seinen Angaben ein Angebot des Reichskanzlers Marx auf Übernahme des Amtes eines Wirtschaftsministers ausgeschlagen. Desgleichen lehnte er im Oktober 1923 dem Reichskanzler Stresemann gegenüber das Angebot ab, Reichsfinanzminister zu werden. Genau so wenig konnte er sich Ende Oktober 1923 entschließen, dem Wunsche des Generals von Seeckt zu folgen und als Oberster Finanz- und Wirtschaftsreformer in ein „Direktorium“ unter seiner Führung einzutreten, zu dessen er notfalls gewaltvoller Bildung dieser entschlossen war.“<sup>19</sup>

In den 1930er Jahren war Minoux Mitglied in der „Akademie für Deutsches Recht“ und der „Gesellschaft zum Studium des Faschismus e.V.“, in der er vorübergehend zum Vorstand gehörte.

+++++

## Minoux, die Batschari AG und die Bilanzfälschung

Im Juni 1928 erwarb Minoux das gesamte Aktienpaket der Zigarettenfirma Batschari AG vom Gründer und Hauptaktionär Robert Batschari, um die Firma zu sanieren. Die Firma hatte gegenüber dem Finanzamt eine Steuerschuld in Höhe von 11.808.106 Reichsmark. Dafür vereinbarte Minoux bereits am 26. Juli 1926 mit dem Reichsfinanzministerium, „daß der Reichsfinanzfiskus auf eine Verzinsung der hohen Steuerschuld verzichtete und sich damit einverstanden erklärte, daß die Schuld von 11.808.106 Reichsmark in festgelegten Raten während eines Zeitraumes von 10 Jahren getilgt wurde“.<sup>20</sup> Minoux kam nun auf die Idee, die Zinsen der Gesamtschuld auf die 10 Jahre hochzurechnen und errechnete so einen Betrag von 4.391.000 Reichsmark. Der so gefundene Betrag, das waren die 4.391.000 Reichsmark, wurde als 'Rediskont' von der Gesamtschuld abgezogen und in den Bilanzen als Gewinn ausgewiesen, als das Unternehmen 1930 verkauft wurde. Der vom Preußischen Justizminister bestellte Sonderstaatsanwalt Dr. Weil hielt dies Vorgehen für vorsätzliche Bilanzfälschung und somit Minoux sowie einen



Friedrich Minoux, 1917 (Archiv GHWK)

weiteren Mitarbeiter strafrechtlich für verantwortlich. Am 25. Oktober 1933 lehnte jedoch das Landgericht Berlin die Eröffnung des Hauptverfahrens ab. Die Staatsanwaltschaft erhob sofortige Beschwerde. Auf Grund eines Erlasses des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring vom 3. Februar 1934 wurde das Verfahren dann endgültig eingestellt.

+++++

<sup>17</sup> zitiert in: Protokoll, 7. Sitzung, Preußischer Staatsrat, 28. März 1924, Sp. 192

<sup>18</sup> Protokoll, 7. Sitzung, Preußischer Staatsrat, Spalte 195

<sup>19</sup> Urteil gegen Kessler u. a., S. 48f

<sup>20</sup> Anklageschrift, S. 2



## Der Prozess

Friedrich Minoux wurde am 4. Mai 1940 verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Berlin Lehrter Straße gebracht, später dann in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit überstellt. Im Dezember 1940 wurden Minoux und zwei weitere Geschäftsfreunde angeklagt, sich zum Nachteil der Berliner Gaswerke (GASAG), der Stadtwerke Potsdam und der Gasbetriebsgesellschaft Berlin „einen rechtswidrigen Vermögensvorteil“ verschafft zu haben. Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, die Reichshauptstadt Berlin und die Stadt Potsdam bei Gaskoksgeschäften um 8,8 Millionen Reichsmark betrogen zu haben.

Minoux schrieb dazu in seinem Tagebuch: „Die Abwendung dieser Nackenschläge bedurfte meiner ganzen Tatkraft, in ihr wurde ich aber blitzartig lahmgelegt, - und demgegenüber verblaßt alles andere -, indem am 4. Mai 1940 in dem seit Dezember 1938 schwebenden Ermittlungsverfahren gegen Kessler und andere gegen mich die Untersuchungshaft verhängt worden ist. Daraus sind mir bis jetzt schon wirtschaftliche Schäden in einem Ausmaß entstanden, das sich bis jetzt überhaupt nicht überblicken lässt; meine ganze wirtschaftliche Existenz ist aber jedenfalls bis ins Mark getroffen. Mir ist bekannt, das mit erheblicher sittlicher Entrüstung gerade die Firma Stinnes heute in den Vernichtungskampf gegen mich, wenn auch getarnt im Verein mit anderen Konkurrenzfirmen, keine geringe Rolle spielt.“<sup>21</sup>

In der 443 Seiten umfassenden Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin wurden die Angeklagten beschuldigt, sich persönlich bereichert zu haben bzw. sich Sondergewinne zu Lasten der Geschädigten beschafft zu haben. Die 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin urteilte am 15. August 1941: „Die Angeklagten Kessler, Tiemessen und Minoux werden wegen gemeinschaftlicher Untreue in zwei Fällen, die Angeklagten Kessler und Tiemessen ferner wegen gemeinschaftlichen Betruges in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Untreue, der Angeklagte Minoux ferner wegen gemeinschaftlichen Betruges in Tateinheit mit Beihilfe zur gemeinschaftlichen Untreue verurteilt, und zwar ein jeder zu einer Gesamtstrafe von 5 – fünf – Jahren Zuchthaus. (...) Minoux ferner zu Geldstrafen von dreimal 200.000,- – zweihunderttausend – Reichsmark, hilfsweise weiteren je zwei Monaten Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden den Angeklagten Kessler, Tiemessen und Minoux auf die Dauer von je 5 – fünf – Jahren aberkannt.“<sup>22</sup>

In der 753 Seiten umfassenden Urteilsbegründung heißt es zu Minoux: „Zugunsten aller drei Angeklagten spricht, daß sie, als sie mit den Straftaten begannen, bisher unbestraft waren. Tiemessen und Minoux standen sogar schon im vorgerückten Lebensalter. Andererseits aber hatten sie, was strafverschärfend zu berücksichtigen ist, hohe Einkünfte, die sie vor jeder Not schützten. Das gilt insbesondere für Minoux und Tiemessen, die so hohe Einkünfte hatten, wie wenige Leute in Deutschland. Zugunsten des Angeklagten Minoux spricht sehr vieles aus seinem Lebenslauf. Er hat sich mit zähem Fleiß emporgearbeitet und wurde schon in jungen Jahren Direktor der Gas- und Wasserwerke in Essen. Dann trat er 1912 in die Dienste der Firma Hugo Stinnes und wurde 1919 Generaldirektor dieser Firma. Hier erwarb er sich große Verdienste, und sein Ruf war allgemein bekannt. Auch sein späteres Leben zeigt große Schaffenskraft, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er sich durch sie aus den Gaswerken Vorteile verschafft hat.

Strafverschärfend aber fiel zu seinen Ungunsten ins Gewicht, daß er seine Intelligenz und Schaffenskraft auch skrupellos missbraucht hat, wenn es sich darum handelte, eigene Vorteile zu erringen. Er hat im Laufe der Hauptverhandlung einmal gesagt, er habe eben 'den Riecher gehabt, wo Geld zu verdienen sei'. Die Hauptverhandlung hat ergeben, daß er diese Fähigkeit in hemmungsloser Weise ausgenutzt hat. (...) Schließlich fiel strafverschärfend ins Gewicht, daß Minoux seine Straftaten bis zum letzten Augenblick ohne jede Einsicht und Reue abgestritten hat. (...) Trotzdem Minoux teilweise bei den Straftaten die treibende und tragende Kraft war, hat das Gericht bei der Strafzumessung keinen Unterschied gemacht.“<sup>23</sup>

Minoux wurde erst am 16. April 1945 aus dem Gefängnis Brandenburg-Görden entlassen, kehrte nach Berlin zurück und starb am 18. Oktober 1945.



Neue Zeit, Berlin, 23.10.1945

+++++

<sup>21</sup> Auszug aus dem undatierten Lebenslauf Friedrich Minoux, S. 41f, LAB, A Rep. 259 Nr. 44, Bl. 72

<sup>22</sup> Urteil gegen Kessler u. a., S. 2f

<sup>23</sup> Urteil gegen Kessler u. a., S. 735ff

## Die Stiftung „Nordhav“ am Wannsee

Mit Kaufvertrag vom 31. Oktober 1940 verkaufte Minoux, der zu diesem Zeitpunkt bereits in Untersuchungshaft saß, das Grundstück Am Großen Wannsee 56 - 58 an die Stiftung „Nordhav“, Prinz-Albrecht-Str. 8, für 1.950.000 Reichsmark.

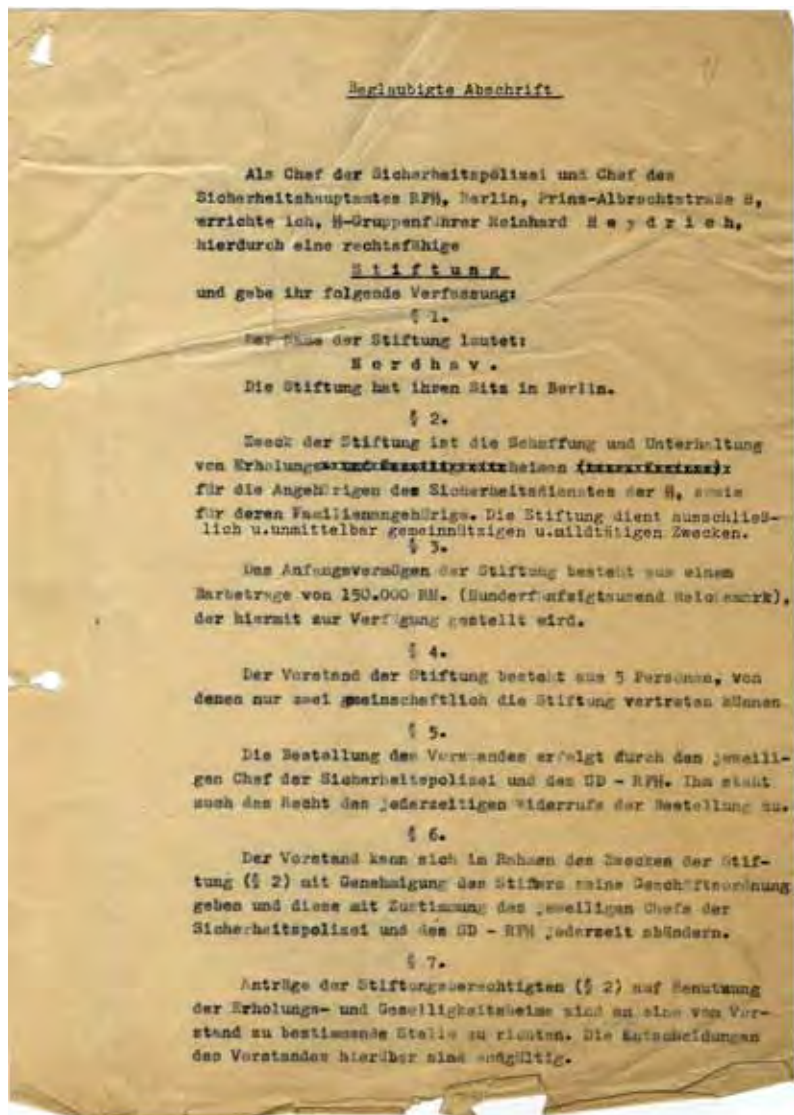
Die am 30. Juli 1939 vom Chef der Sicherheitspolizei und SD sowie des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich gegründete Stiftung „Nordhav“ hatte laut ihrer Satzung den Zweck, „die Schaffung und Unterhaltung von Erholungsheimen für die Angehörigen des Sicherheitsdienstes der SS, sowie für deren Familienangehörige. Die Stiftung dient ausschließlich u. unmittelbar gemeinnützigen u. mildtätigen Zwecken.“ (§ 2 Satzung).

Das Stiftungsvermögen (§ 3 Satzung) belief sich bei Gründung auf 150.000 Reichsmark. Wilhelm Stuckart, im Januar 1942 Teilnehmer an der Wannsee-Konferenz, genehmigte am 3. August 1939 für das Preußische Staatsministerium die Errichtung der Stiftung. „Nordhav“ war der Name eines kleinen Bauernhofes in der Vitzdorfer Heide auf der Insel Fehmarn.

Bis Kriegsende 1945 gehörten der Stiftung „Nordhav“ die Immobilien: Berlin-Wannsee, Am Großen Wannsee 56/58, Zum Heckeshorn 16/18 (erworben im Juni 1941 für 120.000 RM), der Katharinenhof auf Fehmarn (erworben im Januar 1941 für 10.000 RM), eine Skibaude am Lenzenberg bei Petzer (Süd-Gau) erworben im September 1941 für 30.000 RM, eine Skihütte am Keilberg St. Joachimsthal (erworben im August 1942 für 29.800 RM), ein Grundstück in Bad Altheide (Schlesien) „aus eingezogenem staats- und volksfeindlichem Vermögen“ im Wert von 90.000 RM und die Häuser Nr. 92 und Nr. 100 in Steinbach am Attersee (Oberdonau) erworben im Juni 1944 für 84.519,45 RM.<sup>25</sup>

Satzung der Stiftung „Nordhav“, Seite 1

Am 15. November 1940 schrieb Heydrich an den Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Albert Speer: „Die vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD gegründete Stiftung „Nordhav“ beabsichtigt, das in Berlin-Wannsee, Am grossen Wannsee 56/58 gelegene Wasservillengrundstück des Kaufmanns Friedrich Minoux zu erwerben. (...) Der Abschluss drängt, da auch der Propagandaminister Interesse für dieses Grundstück zeigt. (...) Zukünftig soll das Grundstück, unter vorübergehender Benutzung der oberen Räume (ohne bauliche Veränderungen) während des Krieges wegen der guten Empfangsverhältnisse zum passiven Funkbeobachtungsdienst, als Gästehaus (ohne Erholungsheim oder Hotelbetrieb) des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD dienen, wobei es gleichzeitig günstige Vorbedingungen für Bade- und Bootssport zeigt. (...) Der bisherige Eigentümer des Grundstücks hat sich in dem vorliegenden, von ihm abgegebenen notariellen Vertragsangebot zur tauschlosen Räumung des Grundstücks freiwillig verpflichtet, da er beabsichtigt, als Ersatz anderweitig ein kleineres Objekt käuflich zu erwerben.“<sup>24</sup>



<sup>24</sup> Bundesarchiv Berlin, R 4606/2238

<sup>25</sup> Akte „Nordhav“, LAB, C-Rep 105 Nr. 4569, ohne Pagn.

Ab 1941 diente nun die Villa als Gäste- und Erholungshaus für höhere SS-Angehörige und für verschiedene Sitzungen und Tagungen. Im Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD erschien in der Ausgabe Nr. 45 vom 15. November 1941 der Hinweis, dass das Haus für Gäste „völlig neu hergerichtete Besucherzimmer, Geselligkeitsräume, wie Musikzimmer, Spielzimmer (Billard), große Halle und Wintergarten, Terrasse zum Wannsee, Zentralheizung, fl. Wasser und allen Komfort“ biete. Es wurde gebeten, „von der Einrichtung des Gästehauses möglichst weitgehend Gebrauch zu machen, damit das Haus zum Mittelpunkt des kameradschaftlichen Verkehrs der auswärtigen SS-Führer von Sicherheitspolizei und SD in Berlin wird.“

Über die konkrete Nutzung ist bislang relativ wenig bekannt. Die hier am 20. Januar 1942 stattgefundenene „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ (Wannsee-Konferenz) war eine der bedrückenden Höhepunkte in der Hausgeschichte. Einziger Tagesordnungspunkt dieser Besprechung, die ursprünglich am 9. Dezember 1941 hätte stattfinden sollen, war die „Endlösung der Judenfrage“. Ziel Heydrichs war es, sich seine führende Rolle bei der geplanten Endlösung von den Teilnehmern bestätigen zu lassen und andere Ministerien und Reichsämter in die geplante Ermordung der europäischen Juden einzubeziehen. Hierfür ließ er sich von Reichsmarschall Hermann Göring am 31. Juli 1941 die schriftliche Beauftragung geben, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zur treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa. (...) Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“ [Unterschrift] Göring.“

Auf Befehl von Franz Alfred Six, Amtschef im SD, sollte Mitte Oktober 1942 in der Villa am Wannsee „eine dreitägige wissenschaftliche Tagung des Amtes VII stattfinden, auf der Fragen der Gegenerforschung behandelt werden und in [sic!] der auch die außenstehenden wissenschaftlichen Mitarbeiter des Amtes teilnehmen sollen“. <sup>26</sup>

Am 4. Februar 1943 verkaufte die Stiftung „Nordhav“ das Grundstück an das Deutsche Reich (Polizeiverwaltung) für 1.950.000 Reichsmark. Der Kaufpreis entsprach dem Betrag, den ursprünglich auch die Stiftung „Nordhav“ laut Kaufvertrag an Minoux bezahlt hatte. Für den Käufer unter-

schrieben den Vertrag SS-Oberführer Ministerialrat Dr. Rudolf Siegert, Leiter des Amtes II (Organisation, Verwaltung und Recht) im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), und SS-Standartenführer Walter Schellenberg, seit 1941 Leiter des Auslandsnachrichtendienstes im Amt VI des RSHA. Im September 1943 soll im Haus ein Abschiedsempfang für Agenten aus dem arabischen Raum, die ins Britische Mandatsgebiet Palästina entsandt werden sollten, stattgefunden haben. An diesem Treffen soll auch Haj Amin al'Husseini, der „Großmufti von Jerusalem“, teilgenommen haben. <sup>27</sup>

Ende 1944 soll in der Villa vor einem größeren Kreis Teilnehmer, darunter auch Angehörigen des Reichsinnenministeriums, von einem leitenden Mitarbeiter Otto Ohlendorfs <sup>28</sup> ein Vortrag über „Pläne der Teilnehmer des 20. Juli auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsreform“ gehalten worden sein. <sup>29</sup> 1944 wurden außerdem „in der Villa Personen interniert, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler verhört werden sollten, darunter die Wehrmachtsgeneräle Paul von Hase und Friedrich Fromm. 1945 verlegte Ohlendorf sein Hauptquartier an den Wannsee, später auch der Gestapo-Chef Heinrich Müller, der 1942 an der Wannsee-Konferenz teilgenommen hatte.“ <sup>30</sup>



Bis Februar 1943 existierte in Wannsee das „Tagesumschulungslager“ der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, das Jugendliche auf eine Auswanderung nach Palästina vorbereitete. In den Gärten und Anlagen der umliegenden Grundstücke wurden jüdische Arbeitskräfte ohne Entlohnung von der SS eingesetzt. Zwei ehemalige Zwangsarbeiter berichteten von ihren Arbeiten im Garten und der Küche des Gästehauses Am Großen Wannsee 56/58. Nach den Erinnerungen von einem der beiden Zwangsarbeiter, musste er auf dem Grundstück Kartoffeln pflanzen und Karnickel züchten. Außerdem musste auf der gesamten Straße vor den Hausnummern Am Großen Wannsee 46 - 72 Schnee gefegt werden.

+++++

<sup>26</sup> Bundesarchiv Berlin, ZR 550-1, Bl. 271

<sup>27</sup> Botsch, G.: Villa und SD in Wannsee; In: Ausstellungskatalog Haus der Wannsee-Konferenz, 2008, S. 184

<sup>28</sup> Otto Ohlendorf (1907-1945), SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Befehlshaber der Einsatzgruppe D und Amtschef (SD-Inland) im Reichssicherheitshauptamt

<sup>29</sup> Zit. nach Ritter, G.: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954, S. 419

<sup>30</sup> Botsch, S. 184

## Das August-Bebel-Institut

Die am 25. März 1947 von fünf sozialdemokratischen Verlegern gegründete Stiftung mit dem Namen „August-Bebel-Institut“ errichtete in der Villa am Wannsee eine Bildungsstätte. Angeboten wurden 5-Tage-Kurse und 2-Wochen-Lehrgänge, die sich u. a. mit Themen wie „Marxismus als Methode“, „Sozialisierung als Gegenwartsaufgabe“, „Politik und Propaganda“ oder „Demokratie und Totalitarismus“ befassten. Daneben wurden Kurse für Verwaltungsangestellte sowie Wirtschafts- und mehrtägige Sonderkurse zu Fragen der Sozialdemokratie, Verfassungsfragen und der Berliner Kommunalpolitik durchgeführt. An Kursgebühren waren „zu zahlen täglich 2,- Mark. Davon für alle Lohn- oder Gehaltsempfänger, die 25 Prozent oder mehr ihres Lohnes in Westmark erhalten, die Hälfte in Westmark.“<sup>31</sup> Zu den Referenten gehörten u. a. Ernst Reuter, Carlo Schmidt und Otto Suhr. Im ersten Jahr als Bildungshaus fanden in der Villa 36 Kurse mit 813 Teilnehmern statt.<sup>32</sup>



Postkarte August-Bebel-Institut, undatiert

Von Juni 1947 bis Herbst 1951 fanden 210 Kurse mit insgesamt 5.262 Teilnehmern statt. Bereits im Frühjahr 1952 musste das Haus aber aus finanziellen Gründen aufgegeben werden.

+++++

## Schullandheim Berlin-Neukölln

Nach dem Auszug des August-Bebel-Instituts verpachtete das Land Berlin das Gelände an den Bezirk Neukölln zur Errichtung eines Schullandheims. Am 21. Juni 1952 wurde das Schullandheim seiner Bestimmung übergeben.

In einer Broschüre des Bezirksamts heißt es dazu: „Es waren viele Bemühungen vorangegangen, unseren in der Festung West-Berlin eingeschlossenen Schulkindern ein Schullandheim zu schaffen, in dem sie für einige Zeit die engen Strassen vergessen und in der märkischen Landschaft erleben können, daß blauer Himmel, grüne Bäume, Wasser, Wind und Wellen nicht nur in Geschichten vorkommen, sondern wirklich da sind, wenn auch das Schicksal uns seit vielen Jahren davon abschließt.“<sup>33</sup>

Über die Vergangenheit des Gebäudes heißt es in der Broschüre: „Es ist zu Beginn des ersten Weltkrieges von einem Großindustriellen erbaut worden und trägt die Merkmale des Baustils jener Zeit zwar an sich, doch macht die klare architektonische Gliederung des äußeren wie des inneren Aufbaues das Haus für unsere Zwecke durchaus geeignet. Der palastähnlich wirkende Bau ist bald nach seiner Vollendung in die Hände anderer bekannter Großindustrieller übergegangen und hat als „Haus Minoux“ repräsentativen Zwecken gedient, bis es schließlich einer national-

sozialistischen höheren Dienststelle in die Hände fiel.“<sup>34</sup>



Bezirksamt Berlin-Neukölln, Juni 1953

Während des Betriebes konnten zwei bis drei Schulklassen mit bis zu 40 Kindern aufgenommen werden. Die 12 Schlafräume mit je sechs bis 12 Betten verfügten über insgesamt 101 Betten, außerdem gab es vier Dusch- und Waschräume, Toiletten, zwei Krankenzimmer, drei Unterrichtsräume, drei Speiseräume und zwei Pingpong-räume im Keller. Für Lehrkräfte standen drei Lehrerzimmer zur Verfügung.

<sup>31</sup> ebd., Bl. 28

<sup>32</sup> ebd., Bl. 15

<sup>33</sup> Schullandheim Neukölln, Berlin 1953, S. 5

<sup>34</sup> Schullandheim Neukölln, S. 6



Schullandheim 1956

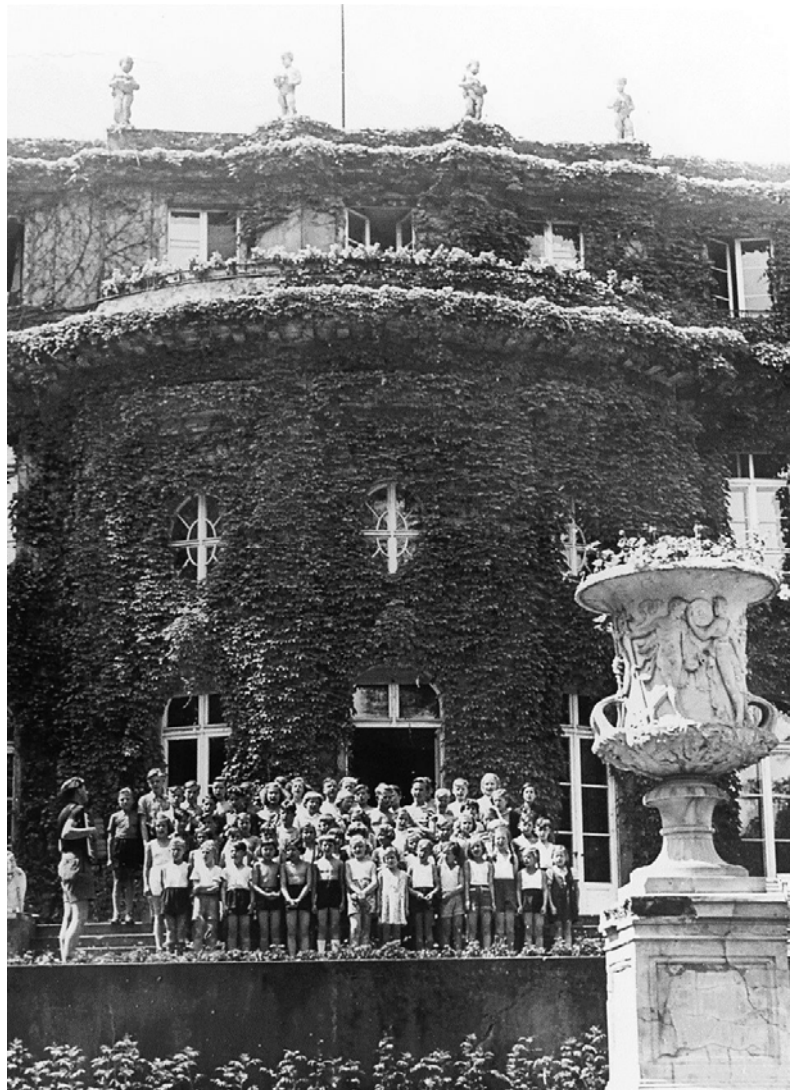


Schullandheim 1952



Fotos 1988

Foto (undatiert)



Allein im ersten Betriebsjahr fanden 16 Belegungen mit 495 Schülern, 575 Schülerinnen und 52 Lehrkräften und Begleitpersonen statt.<sup>35</sup> Ein Bericht aus dem Jahr 1961 besagt, daß in diesem Jahr 35 Schulklassen aus Neukölln mit insgesamt

1.041 Kindern, sowie drei Klassen aus dem Bundesgebiet mit 95 Kindern beherbergt wurden. Des Weiteren hielt sich eine Schulklasse aus den Niederlanden mit 40 Kindern und deren Partnerklasse aus Neukölln im Schullandheim auf.<sup>36</sup>

+++++

<sup>35</sup> Schullandheim, S. 43

<sup>36</sup> Bericht über die Schullandheimarbeit 1961, Archiv GHWK

## Joseph Wulf und das Internationale Dokumentationszentrum

Joseph Wulf wurde am 22. Dezember 1912 in Chemnitz als Sohn eines Kaufmanns geboren. Im Alter von fünf Jahren verzog die Familie nach Krakau. Bereits im Alter von 27 Jahren veröffentlichte er sein erstes Buch „Kritische Miniaturen“ in jiddischer Sprache. Im März 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Bei der Evakuierung des Lagers im Januar 1945 gelang ihm mit einigen anderen Häftlingen die Flucht. Nach der Befreiung durch die Rote Armee fand er Frau und Sohn wieder und gehörte bereits im Februar 1945 zu den Gründern der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission in Polen.

1948 ging er nach Paris und arbeitete dort am „Centre pour l'histoire des Juifs polonais“. In den 1950er Jahren kam er nach Berlin und begann dort seine umfangreichen Recherchen und Dokumentationen über das Dritte Reich. Wulf veröffentlichte kommentierte Dokumentenbände, darunter „Das Dritte Reich und die Juden“, Essays über die Nürnberger Gesetze, die Geschichte des Gettos Łódź sowie Essays über Himmler, Bormann und Raoul Wallenberg.<sup>38</sup> Wulf erhielt mehrere Ehrungen. Die Freie Universität Berlin verlieh ihm die Ehrendoktorwürde, u. a. war er auch Träger des Leo-Baeck-Preises und der Carl-von-Ossietzky-Medaille.

Mitte der 1960er Jahre stand Wulf im Mittelpunkt eines Kreises von Intellektuellen, die in Berlin ein Internationales Dokumentationszentrum<sup>39</sup> mit Bibliothek zur Erforschung des Nationalsozialismus gründen wollten. Nachdem Wulf prominente Fürsprecher aus den Kirchen, der Politik und Gesellschaft für diesen Plan begeistern konnte, wurde am 29. August 1966 der Verein „Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen e. V. Berlin“ gegründet. Der Zweck des Vereins war „auf die Erforschung des geschichtlichen Phänomens des Faschismus, insbesondere in der Form des deutschen Nationalsozialismus in der Zeit von 1933 bis 1945 gerichtet“ (§ 2 der Satzung). Das Dokumentationszentrum sollte relevantes Dokumentenmaterial sammeln und erfassen, wissenschaftliche Veröffentlichungen herausgeben und eine Bibliothek aufbauen. Als Sitz des Dokumentationszentrums wurde die Villa am Wannsee gefordert, denn die „Symbolkraft dieses Hauses erschien uns besonders geeignet, eine konsequente deutsche Haltung zu dokumentieren und gleichzeitig internationale

Zusammenarbeit und internationalen Austausch zu ermöglichen.“<sup>37</sup> Bereits frühzeitig wurden hierzu Verhandlungen mit dem Berliner Senat aufgenommen. In der Berliner Landesregierung und der SPD gab es Vorbehalte gegen diesen Plan. So sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz am 27. Oktober



1967 in der Zeitung „Die Welt“ man wolle „keine makabre Kultstätte“.<sup>40</sup> Im November bot der World Jewish Congress an, auf dem Gelände Am Großen Wannsee 56/58 ein Schullandheim zu finanzieren, wenn dafür das Dokumentationszentrum in die Villa ziehen könne. Dieser Plan wurde jedoch vom Berliner Senat abgelehnt.

Das Angebot des Senats zwei Ersatzgrundstücke in der Nähe der Freien Universität zur Verfügung zu stellen lehnte der Verein ab. Nachdem der Verein keine Unterstützung mehr fand, löste er sich am 12. Januar 1972 auf und wurde aus dem Berliner Vereinsregister gelöscht.

Nach dem Tod seiner Frau Jenta im August 1973 war „Wulf ein gebrochener Mann. Nach fast vierzig gemeinsamen Jahren – nur unterbrochen durch die Zeit der Illegalität und Gefangenschaft – plötzlich allein, fühlte er sich ganz verloren. (...) Noch einmal versuchte er, an seinen Berliner Schreibtisch zurückzukehren und seine gewohnte Tätigkeit wieder aufzunehmen, aber er fiel in eine neue, diesmal tödliche Depression“.<sup>41</sup>

Joseph Wulf nahm sich ein Jahr nach dem Tod seiner Frau Jenta am 10. Oktober 1974 das Leben. Noch zwei Monate vorher, am 2. August 1974, schrieb er in einem Brief an seinen Sohn David: „Ich habe hier 18 Bücher über das Dritte Reich veröffentlicht und das alles hatte keine Wirkung. Du kannst Dich bei den Deutschen totdokumentieren, es kann in Bonn die demokratischste Regierung sein – und die Massenmörder gehen frei herum, haben ihr Häuschen und züchten Blumen (die kleinen SS-Leute, die nur Befehle ausgeführt haben, werden zwar verurteilt aber später befreit, weil sie Kreislaufstörungen haben).“<sup>42</sup>

+++++

<sup>37</sup> Sachor – Nicht vergessen, Berlin 1989, S. 39

<sup>38</sup> Berg, N., Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, Göttingen 2003, bes. S. 337-370

<sup>39</sup> Kühling, G., Schullandheim oder Forschungsstätte, vgl. Literaturverzeichnis

<sup>40</sup> Sachor – Nicht vergessen, S. 40

<sup>41</sup> Sachor – Nicht vergessen, Berlin, S. 19

<sup>42</sup> Archiv GHWK

## Die Gründung der Gedenkstätte

Zum 40. Jahrestag der Wannsee-Konferenz im Januar 1982 wurden auf Veranlassung des damaligen Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker zwei Gedenktafeln an der Straße und an der Villa angebracht. Die Tafel am Hauptportal an der Straße wurde mehrfach beschädigt und schließlich gestohlen. Später wurden neue Abgüsse der Tafeln in Auftrag gegeben und an der Grundstücksmauer und der Villa angebracht. Anlässlich des Jahrestages 1982 sagte von Weizsäcker in der Villa: *„Heute dient dieses Haus als Schullandheim des Berliner Bezirks Neukölln. Eine jedermann ins Auge springende Tafel an seinem Eingang soll an das erinnern, was sich hier zugetragen hat. Dies soll nicht geschehen, um die Kinder dieses Heimes zu belasten. Denn nicht sie, sondern wir Älteren tragen die Last dieser Zeit.“*<sup>43</sup>

Im März 1987 erfolgte die Grundstücksübertragung in das Vermögen des Landes Berlin, da der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) bereits am 1. September 1986 die Absicht bekanntgab, dieses Gebäude zur Gedenk- und Begegnungsstätte mit Ausstellung, Bildungsarbeit und Mediothek zu machen.<sup>44</sup> Die Teilfläche, die inzwischen an den Zeuthener Seglerverein verpachtet worden war, ging gleichzeitig in das Vermögen des Bezirkes Berlin-Zehlendorf über.

In seiner Sitzung am 20. Januar 1987 nahm der Senat den Plan der Umwidmung des Grundstücks und die Finanzierung des Umzugs des Schullandheims nach Schwanenwerder zur Kenntnis: *„Um die Jahreswende 1986/87 arbeitete eine vom Regierenden Bürgermeister berufene Planungsgruppe aus Historikern, Museums- und Bildungsexperten die Konzeption für eine Dauerausstellung und ein Bildungsprogramm im Haus der Wannsee-Konferenz aus. Im November 1987 begutachtete eine internationale Expertentagung auf Einladung des Berliner Senats die Konzeption des Hauses, hieß sie gut und ergänzte sie mit nützlichen Anregungen.“*<sup>45</sup>



Vor der Eröffnung der Gedenkstätte am 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz im Januar 1992 wurde am 17. Oktober 1990 im Rathaus Schöneberg der gemeinnützige Trägerverein „Erinnern für die Zukunft – Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e.V.“ gegründet und ins Berliner Vereinsregister eingetragen (95 VR 10493 Nz). Mitglieder sind die Bundesrepublik Deutschland, das Land Berlin, die jüdische Gemeinde zu Berlin, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die katholische und die evangelische Kirche, das Deutsche Historische Museum und der Bund der Verfolgten des Naziregimes im Auftrag der Berliner Arbeitsgemeinschaft politisch, rassistisch und religiös Verfolgter.

Zweck des Trägervereins gemäß § 2 der Satzung *„ist die Förderung*  
- *des Gedenkens an die Opfer der nationalsozialistischen Politik des Völkermordes,*  
- *der Information über die nationalsozialistischen Verbrechen,*  
- *der Erziehung zur Demokratie und zur Verteidigung der Menschenrechte“.*

Am 3. Juni 2006 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin das „Gesetz zum Schutz von Gedenkstätten, die an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft erinnern (Gedenkstättenchutzgesetz)“, in das die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz aufgenommen wurde.<sup>46</sup>

+++++

<sup>43</sup> Aus: Die menschliche Brücke zwischen Juden und Deutschen trägt wieder. Berlin: Landespressedienst 1982, S. 8

<sup>44</sup> Grundstücksakte, Tiefbauamt Zehlendorf, Bd. 1, Bl. 18

<sup>45</sup> Vorlage – Zur Beschlussfassung. Abgeordnetenhaus von Berlin, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/236, S. 4

<sup>46</sup> Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, Jg. 62, Nr. 19 v. 3.6.2006, S. 456f



Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz  
Foto 2013

+++++



Texte aus:  
Michael Haupt: Das Haus der Wannsee-Konferenz. Von der Industriellenvilla zur Gedenkstätte. Paderborn 2009, II, 198 S., ISBN 978-3-9813119-1-4, 7,00 EUR

+++++



© Haus der Wannsee-Konferenz  
Berlin, Juni 2014

**I  
m  
p  
r  
e  
s  
s  
u  
m**

**Herausgeber**

Haus der Wannsee-Konferenz - Gedenk- und Bildungsstätte  
Am Großen Wannsee 56-58 ▪ D-14109 Berlin  
Telefon: 030 - 80 50 01 0 ▪ Telefax: 030 - 80 50 01 27  
eMail: info@ghwk.de ▪ Internet: www.ghwk.de  
Redaktion: Michael Haupt, GHWK (V.i.S.d.P.)

**Bankverbindung**

Deutsche Bundesbank Berlin  
Konto: 1000 7345 ▪ Blz 100 000 00  
IBAN: DE15 1000 0000 0010 0073 45 ▪ BIC: MARKDEF1100  
Kontoinhaber: Erinnern für die Zukunft - Trägerverein des Hauses  
der Wannsee-Konferenz e.V. (Spenden sind steuerlich absetzbar).  
USt-IdNr.: DE241194215.